



Presseinformation

Nr. 124 / 2012

Kiel, Freitag, 16. März 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Bildung / G8/G9

Christopher Vogt: Dem Umdenken der CDU bei G9 müssen Taten folgen

Zum programmatischen Umdenken der CDU bei G9 an Gymnasien und der Warnung der CDU in den Lübecker Nachrichten (7. März, Seite 5), dass im Falle eines SPD-Wahlsieges bei der Landtagswahl der neunjährige Bildungsgang am Wentorfer Gymnasium gefährdet wäre, erklärt der FDP-Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der FDP-Programmkommission, **Christopher Vogt**:

„Die Warnung der CDU, dass die SPD die neunjährigen Bildungsgänge an Gymnasien bedroht, ist mit Blick auf das SPD-Wahlprogramm absolut berechtigt. Der SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig hatte zunächst Sympathien für das Abitur nach 9 Jahren an Gymnasien gezeigt, um dann gemeinsam mit dem SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner einen anderen Weg einzuschlagen.

Dass sich die CDU in ihrem Wahlprogramm nun doch zur gemeinsam geschaffenen Möglichkeit bekennt, an Gymnasien G9 zu ermöglichen, begrüßt die FDP-Landtagsfraktion ganz ausdrücklich. Besser spät als nie. Glaubwürdig wird dieser Sinneswandel allerdings erst dann, wenn die CDU ihre Beschlüsse auch vor Ort umsetzt.

Nachdem die G9-Option für Gymnasien im CDU-Programmwurf mit keinem Wort erwähnt wurde, war es dann ja die CDU-Programmkommission selbst, die beim letzten Landesparteitag darauf gedrängt hat, folgenden Passus zur Frage ‚G9 an Gymnasien‘ auf Seite 58 neu einzufügen: ‚*Wir respektieren den Elternwillen vor Ort und wollen keine Unsicherheit in betroffenen Familien schaffen.*‘

Die Verunsicherung der Eltern, Lehrer und Schüler am Gymnasium Wentorf über den weiteren Umgang mit dieser Frage muss jetzt endlich ein Ende haben. Deshalb rufe ich den CDU-Landesvorsitzenden und -Spitzenkandidaten Jost de Jager dazu auf, seine Parteifreunde vor Ort zur Umsetzung des beschlossenen Parteiprogramms zu bewegen. Der juristische Feldzug der CDU gegen G9 und den Elternwillen muss jetzt ein Ende haben.“